

## Frage nach dem „Haus der Endlösung“

Eine angebliche Äußerung des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier in Israel wird am 15. September in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses nach der Sommerpause in Berlin ein „parlamentarisches Nachspiel“ haben. Presseberichten aus Israel zufolge soll Gerstenmaier bei einem Besuch in Jerusalem geäußert haben, daß das in Berlin auf dem Grundstück Am Großen Wannsee 56 stehende Haus, in dem im Jahre 1942 unter dem Namen „Wannseekonferenz“ Hitlers Vernichtungsplan gegen die Juden besprochen und organisiert worden ist, dem Erdboden gleichgemacht werden müsse. Dieses „Haus der Endlösung“ war nach 1945 zuerst Bildungsinstitut der SPD. Seit dem Jahre 1952 ist es Schullandheim des Bezirks Neukölln. Nun wendet sich der SPD-Abgeordnete Theis mit einer mündlichen Anfrage an den Senat und fragt, ob diesem die Äußerung des Bundestagspräsidenten bekannt sei und welche Schlussfolgerungen der Senat aus dem Verlangen Gerstenmaiers ziehe. Theis fragt weiter, ob man von der Auffassung Gerstenmaiers gewußt habe. Schließlich will Theis wissen: „Ist dem Herrn Bundestagspräsidenten die Nutzung dieses Hauses als Landschulheim für Berliner Kinder mitgeteilt worden? Wenn ja: Hat der Bundestagspräsident dennoch erkennen lassen, daß er an seinem Vorhaben weiterhin festhält?“

Der Tagesspiegel, Berlin, 8.09.1966

## ✱ Mit Abriß ist nichts gewonnen

Senat weist Gerstenmaiers Vorschlag für Haus Am Großen Wannsee 56 zurück

Das Haus Am Großen Wannsee 56, in dem 1942 die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen wurde, wird nicht abgerissen: Diesen Senatsbeschuß gab Bürgermeister Albertz gestern vor dem Abgeordnetenhaus bekannt. Wie berichtet, hatte Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier die Anregung zum Abriß gegeben. Der Senat ist jedoch der Ansicht, daß durch den Abriß eines Hauses im Werte von mehr als einer Million Mark, in dem sich jetzt ein Schullandheim befindet, die Vergangenheit nicht bewältigt wird.

Das Haus, das heute zum Polizeivermögen gehört, wurde 1914 für den Besitzer der Dresdener Leo-Werke gebaut, ging nach dem ersten Weltkrieg an den Industriellen Hugo Stinnes über und wurde 1939 für annähernd zwei Millionen Mark von der SS erworben und als Gästehaus eingerichtet. 1944 hielt der Sicherheitsdienst der SS dort Einzug. Dann kamen die Russen und nach ihnen die Amerikaner. Sie stellten das Haus 1947 der August-Bebel-Stiftung zur Verfügung. Unter dem Namen „August-Bebel-Schule“ diente es dann einige Jahre als Schulungsheim der SPD.

Man müßte viele Häuser abreißen, sagte Albertz, wenn man alle Gebäude beseitigen

wollte, in denen Schreckliches geschah. Man sollte sich mehr um die Menschen kümmern, die das Schreckliche in diesen Häusern taten.

Der Tagesspiegel, Berlin, 16.09.1966

# Abrißpläne, weil dort die Nazis tagten, aber:

## Schullandheim bleibt

Das Neuköllner Schullandheim, eine stattliche Villa Am großen Wannsee 56, hat in den letzten Tagen auf Grund einer Äußerung des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier Anlaß zu bestürzten und schließlich beruhigenden Veröffentlichungen gegeben.

Nach einer Nachricht der „Jerusalem Post“ hatte der Bundestagspräsident in Israel, auf das Gebäude angesprochen, in dem 1942 die „Wannseekonferenz“ stattfand – bei der der Vernichtungsplan gegen die Juden aufgestellt wurde – die Zusage gegeben, er werde sich dafür einsetzen, daß dieses Haus „verschwindet“.

Es soll Eugen Gerstenmaier zugute gehalten werden, daß er offenbar nichts über den Verwendungszweck der Villa wußte, sonst hätte er sicher ein wenig vorsichtiger reagiert. Seit 1952 schickt Neukölln nämlich seine 5. und 6. Klassen zu einem meist dreiwöchigen Aufenthalt dorthin. Rund

16 000 Schulkinder sind inzwischen dort gewesen, der Bezirk hat aus eigenen Mitteln in dieser Zeit etwa 300 000 DM investiert.

1962 wurde eine Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und Berlin getroffen und danach behielt Neukölln weiter den Nutzungszweck. Formaljuristisch untersteht das Schullandheim dem Senator für Inneres, der aber auch trotz anderer Interessenten (Bezirk Zehlendorf und Polizei) Neukölln weiter das Haus überließ.

Inzwischen hat der Neuköllner Abgeordnete Theiß eine Mündliche Anfrage beim Abgeordnetenhaus eingebracht, die voraussichtlich bei der

nächsten Sitzung am 15. September vom Senat beantwortet werden soll. Am Donnerstag nun hörte man aus Senatskreisen, daß gar nicht daran gedacht werde, die Villa abzureißen.

Ein Glück, kann man da nur sagen, sonst müßten eine Reihe von Gebäuden in ganz Deutschland abgerissen werden, die ehemals nazistischen Zwecken gedient haben und heute eine durchaus demokratische Nutzung erfahren!  
I.L.

*Nacht Depesche*

*20.9.1966*

Nacht-Depesche, Berlin, 20.09.1966